

## P R E S S E M I T T E I L U N G

**Pressesprecher**

**Bernd Sanders**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24100 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444

*Pressesprecher*

**Christian Albrecht**

*Landeshaus  
24100 Kiel  
Postfach 3607  
Tel.: 0431/988-1488  
Fax 0431/988-1497*

Kiel, 10. Juli 2000

### **Rot-grüner Rohrkrepierer**

Zum Abschluss der Arbeit des Sonderausschusses Kommunales zur „Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen“ erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, **Klaus Schlie**, sowie der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, **Dr. Johann Wadephul** und der innenpolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Der Ausschuss hat sich für Rot-Grün als ein Rohrkrepierer erster Güte erwiesen. Auf diese Kurzformel brachten die drei Oppositionsabgeordneten das Ergebnis der Tätigkeit des Sonderausschusses nach der heutigen letzten Sitzung.

Der Abgleich der vorgelegten, umfangreichen Daten durch den Ausschuss hat einvernehmlich ergeben, dass die Einnahmesituation des Landes sowohl in der Vergangenheit als auch in der Projektion für die kommenden Jahre günstiger ist als die Einnahmesituation der Kommunen in Schleswig-Holstein.

Finanzminister Claus Möller und der neue Innenminister Klaus Buß haben sich mit ihren Auftritten vor dem Ausschuss gründlich blamiert.

Die Zahlen des Finanzministers, mit denen er eine schlechtere Einnahmesituation des Landes im Vergleich zu den Kommunen beweisen wollte, brachen nach einer intensiven Befragung durch die Ausschussmitglieder und die anwesenden Vertreter der kommunalen Spitzenverbände wie ein Kartenhaus in sich zusammen und verkehrten sich ins Gegenteil.

Innenminister Buß zeigte sich als eigentlich zuständiger Kommunalminister nicht auf der Höhe der Diskussion. Im Ausschuss referierte er auch dann noch über die vergleichsweise schlechte Situation des Landes als der Ausschuss bereits einmütig das Gegenteil festgestellt hatte.

Erschreckend ist, so die drei Landtagsabgeordneten, dass der Eingriff trotz der einmütig festgestellten Ergebnisse des Sonderausschusses erfolgen wird. Damit bestätigen

sich die Befürchtungen, die die Oppositionsfraktionen schon bei der Einsetzung des Ausschusses geäußert haben.

Das Ergebnis, den Kommunen Geld zu entziehen, steht seit langem fest, der Ausschuss sollte nur noch die Begründung finden. Das ist gründlich misslungen. Rot-Grün bringt nicht einmal den Mut auf, den konkreten Betrag zu nennen, der den Kommunen entzogen werden soll.

Die Regierungsfractionen haben die Gemeinsamkeiten verbraucht. Eifersüchtig wachen die Koalitionäre über ihre Erbhöfe und sind zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung zum Ausgleich der Einnahmedelle im Gesamthaushalt des Jahres 2001 nicht in der Lage. Nur deshalb geht es den Kommunen ans Geld.

Rot-Grün hat es verpasst, das konstruktive Klima im Ausschuss auch in den Schlussbericht einfließen zu lassen. Die dort von der Regierungsmehrheit verabschiedeten Punkte sind in keiner Weise das Ergebnis der Beratungen des Ausschusses. Sie wurden in der vorletzten Sitzung des Ausschusses von der Koalition aus dem Hut gezaubert und zeigen nur, dass wir es hier nicht mit einer ergebnisoffenen Diskussion, sondern mit einem abgekarteten Spiel zu tun haben.

Das hat mit entwaffnender Ehrlichkeit auch der frühere Umweltminister Rainer Steenblock deutlich gemacht. Er hat erklärt, dass die im Ausschuss vorgelegten Daten nicht als Begründung für eine Entnahme zu Lasten der Kommunen taugen und dass aus diesem Grund die Begründung für die Umverteilung zu Gunsten des Landes nur eine politische sein kann.

Vor diesem Hintergrund ist es um so erschreckender, wenn die grüne Haushälterin Monika Heinold sich heute im Ausschuss dazu versteigt, das einstimmig in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip zur Disposition zu stellen, wenn dieses elementare Prinzip Veränderungen beim Finanzausgleichsgesetz (FAG) oder den Zuweisungen des Landes an die Kommunen im Wege steht.

Fazit: Die im Ausschuss vorgelegten Zahlen geben eine zusätzliche Belastung der schleswig-holsteinischen Kommunen in keinem Fall her. Trotzdem werden Kreise, Städte und Gemeinden bluten müssen. Rot-grün zerstört das Vertrauen und gefährdet damit die Zusammenarbeit mit den Kommunen. Hier zeigt sich, dass der rot-grünen Landesregierung unter der Ministerpräsidentin, Heide Simonis, das Wasser in der Finanzpolitik bis „Oberkante-Unterlippe“ steht.